

Sehr geehrte Frau Ballmann,

bzgl. der Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE vom 07.03.22 möchte ich hiermit Stellung nehmen.

1) Klarstellung

Im Folgenden möchte ich auf die verschiedenen Punkte des Schreibens eingehen:

Im ersten Absatz (Seite 1) des Schreibens heißt es: *„mehrfach haben uns kritische Anfragen von Eltern erreicht, die sich u. E. zu Recht über die Art und Weise sorgen, wie das aktuelle Kriegsgeschehen in der Schule thematisiert wird. Das geht sogar so weit, dass Eltern ihre Kinder nicht mehr in die Schule schicken wollen.“*

Ich stelle hiermit klar, dass bis heute (10.07) weder mir (Schulleitung) noch einer Lehrkraft, OGS-Personal oder dem sonstigem Personal solche oder ähnliche Beschwerden von Eltern, Elternvertretern, Erziehungsberechtigten oder Vormunden vorliegen – weder schriftlich noch mündlich.

Des weiteren heißt es: *„Uns liegt ein Arbeitsblatt der Annetteschule vor, mit welchem die Schülerinnen und Schüler aufgefordert werden, zunächst einen Podcast der kiraka Redaktion des WDR zu hören, um dann Fragen im multiple-choice Verfahren zu beantworten.“*

Der erwähnte Podcast, sowie die dazugehörigen weiteren Materialien wurden in der Dienstmail des Ministeriums vom 01.03.22 den Schulen als pädagogische Arbeitshilfe an die Hand gegeben. Die (dienst-)rechtliche Anwendung dieses Material ist somit gegeben. So wie bei jeder Unterrichtsvorbereitung wurde auch hier das Material von den Lehrkräften (vor allem im Hinblick auf die aktuelle Lage) vorab hinsichtlich der Unterrichtseignung für ihre Lerngruppe geprüft.

Die Fragen aus diesem Blatt sind zulässig, inhaltsbezogen und decken sich 1:1 mit den westlichen Medien – diese sind für uns als deutsche Schule bindend.

Kein Kind wurde zur Mitarbeit gezwungen. Wenn ein Kind sich an diesem Thema nicht beteiligen bzw. dazu äußern wollte, wurde dies sofort und ohne jegliche Überredungsversuche akzeptiert. Ebenso wurden andere Sichtweisen im Sinne einer demokratischen Auseinandersetzung zugelassen und akzeptiert.

Dieses Arbeitsblatt wurde lediglich in einer Klasse angewendet und darüber hinaus weitere didaktisch-pädagogische Maßnahmen zur Aufbereitung des Themas verwendet:

- Vorwissen der Schüler*innen in Gesprächen aktivieren
- gemeinsame Gespräche unter Beachtung der Gesprächs- und Zuhörregeln, sowie dem Akzeptieren anderer Meinungen/Ansichten
- Audio-/Visuelle kindgerechte Beiträge der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten,

- Basteln von Friedenstauben
- Stellwand zum Sammeln der Wünsche, Fragen und Ängste der Schüler*Innen,
- Bedeutung von Frieden in der Welt in Kooperationsform (z.B. Gruppenarbeit) erarbeiten

Des weiteren heißt es:

Das Schulministerium NRW schreibt auf seiner Internetseite unter der Überschrift "Umgang mit dem Russland-Ukraine Krieg an den Schulen in NRW":

Der Einmarsch der russischen Armee und die dadurch ausgelösten kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Ukraine führen in großen Teilen der Schulgemeinde zu Unsicherheiten und Ängsten und werfen für alle Beteiligten oftmals schwer zu beantwortende Fragen auf. Schulleitungen und Lehrkräfte stehen vor der Entscheidung und Herausforderung, das Kriegsgeschehen und dessen vielfältige Auswirkungen altersangemessen im Unterricht zu thematisieren, um so Ängsten und Sorgen entgegenzuwirken. Dabei gilt es zu berücksichtigen, was Kinder und Jugendliche bewegt und welche Gespräche in Schule und Unterricht notwendig und hilfreich sein können. Erschwerend hinzu kommen dabei immer wieder neue und teilweise auch irreführende Nachrichten und Posts in den sozialen Medien und Netzwerken. In Schulen kann dies im Schulleben und im Unterricht aufgegriffen und behutsam thematisiert werden, um so den Schülerinnen und Schülern sozialen und psychischen Halt zu bieten. Bei der Betrachtung der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine kann es zu kontroversen Bewertungen und Konfliktmustern kommen. Dies ist im Besonderen auch vor dem Hintergrund gegebenenfalls unterschiedlicher familiärer Bindungen oder sonstiger Beziehungen zu den Konfliktparteien zu betrachten.“

Das der geschilderte Umgang der Annetteschule die oben genannten Ausführungen nicht berücksichtigt, liegt auf der Hand. Wir teilen daher die Sorgen der Eltern und halten den Anspruch, Grundschulern die Ursachen des Krieges mittels Fragebogen zu klären für überfordernd und das hierzu vermittelte Wissen auch nicht für die Förderung der eigenen Meinungsbildung geeignet. Die unkritische Übernahme der als misslungen zu bewertenden Bearbeitung dieses sensiblen Themas einer WDR-Redaktion wird der besonderen Verpflichtung der Lehrer bei der Bewältigung dieses Themas nicht gerecht.

Den WDR-Beitrag als unpassend zu bewerten, deckt sich weder mit der Ansicht unserer ausgebildeten Pädagogen noch der des Ministeriums (Schulmail vom 01.03.22). Jede einzelne Lehrkraft ist sich der Brisanz dieses Themas bewusst und plant/agierte bei der Behandlung dieses Themas mit Fingerspitzengefühl und Vorsicht.

Die Förderung des eigenen Meinungsbildes und das damit verbundene Eingehen auf diese Thematik ist sowohl durch den Lehrplan Sachunterricht als auch durch die Anweisungen des Ministeriums verbindlich und somit Aufgabe der Schule. Dazu dienen im Ursprung die Fragen, Ängste, Sorgen und vor allem das Vorwissen der Schüler*innen. In der Förderung des Demokratieverständnisses ist es zudem essentieller Bestandteil, den Schülern zu verdeutlichen, dass es zu diesem Thema

verschiedene Meinungen/Ansichten gibt und dass diese in einem demokratischen Staat zugelassen und akzeptiert werden müssen.

Ich weise hiermit diese Unterstellungen mit allem Nachdruck als unbegründet, inhaltlich falsch, böswillig und haltlos zurück!

Des weiteren heißt es:

„Wir wissen, dass Kinder und Jugendliche ohnehin schon durch die Corona-Pandemie stark psychisch belastet und auch daran erkrankt sind. Umso mehr ist jetzt darauf zu achten, dass Erklärungen zu dem Kriegsgeschehen in der Ukraine besonders empathisch und sensibel vermittelt werden müssen. Wir wissen nicht, ob den Kindern in der Annetteschule ausreichend Gelegenheit gegeben wurde Rückfragen zu stellen oder wie und ob ihre Ängste gehört und ausgeräumt werden konnten.“

Die Ratsfraktion DIE LINKE kann dies auch gar nicht wissen, da bislang niemand aus der Fraktion mit uns Kontakt aufgenommen hat. Wäre dies passiert, wäre ein persönliches Gespräch in der Schule, sowie ein Einblick in die Arbeitsergebnisse ohne weiteres möglich gewesen. Die Fraktionsmitglieder hätten gesehen, dass wir sehr wohl und über alle Maße auf die Sorgen, Ängste, Fragen und Rückfragen der Kinder eingehen. In den nächsten Tagen wird voraussichtlich ein Zeitungsartikel in der lokalen Presse erscheinen, in dem u.a. eine beidseitig gefüllte Stellwand zu sehen sein wird, wo die Schüler*innen selbstständig und freiwillig ihre Fragen, Ängste und Wünsche formuliert und veröffentlicht haben.

Somit weise ich auch diesen Vorwurf als unbegründet, inhaltlich falsch, böswillig und haltlos zurück!

Des weiteren heißt es:

„Umso mehr sollte eine für Schulkinder gedachte Erklärungshilfe das aktuelle Geschehen mit großer pädagogischer Sorgfalt unter Vermeidung monokausaler Erklärungen thematisieren. Die vorgenannte Internetseite des Schulministeriums NRW bietet eine Fülle an Verweisen, die auch völkerrechtliche und vor allem friedenspädagogische Aspekte berücksichtigen.“

Dies ist korrekt – und genauso haben sich sämtliche Lehrkräfte der Annetteschule verhalten.

Somit weise ich auch diesen Vorwurf als unbegründet, inhaltlich falsch, böswillig und haltlos zurück!

Des weiteren heißt es:

„Die Fragen und Antworten aus dem Podcast sind demgegenüber einseitig. In ihrer manipulativen politischen Naivität berücksichtigen sie friedenspädagogische Erkenntnisse nicht, was sich an der ersten Frage gut verdeutlichen lässt. Länder fangen keine Kriege an. Ein Land stellt kein handelndes Subjekt dar. Verantwortung tragen die politischen Vertreter, vor allem wenn sie nicht demokratisch legitimiert sind. Wenn Grundschulkindern so komplizierte Fragen wie die nach der politischen Verantwortung für einen Krieg zugemutet werden, dann muss auch auf die ursächlichen und zunehmenden gewaltträchtigen wirtschaftlichen und politischen Strukturen in den internationalen Beziehungen hingewiesen werden.“

Es ist nicht die Aufgabe der Grundschule, mit ihren Schüler*innen historisch komplexe Streitfragen aufzuarbeiten. Unsere Aufgabe ist gemäß dem Lehrplan Sachunterricht, sowie der Anweisung vom Ministerium, unsere Schüler*innennach freiheitlich-demokratischen Grundwerten zu erziehen.

Zitat Schulmail vom 01.03.22: „Unsere Schülerinnen und Schüler erziehen wir dabei im Geiste unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Demokratie und Völkerrecht sind unverhandelbare Grundwerte unserer Verfassung. Bei der aktuell anstehenden Aufgabe unsere Schülerinnen und Schüler zu stützen, zu informieren und dabei gleichzeitig ein offenes, angstfreies und friedliches Miteinander zu gewährleisten, das keinen Platz für Einschüchterungen oder Schuldzuweisungen lässt, weiß ich Sie als Schulleiterinnen und Schulleiter an unserer Seite.“

Darüber hinaus möchte ich an dieser Stelle die offizielle Seite der Schulpsychologie NRW zitieren: „Kinder und Jugendliche benötigen jetzt von Eltern, Freundinnen und Freunden sowie Lehrkräften das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit. Sie benötigen die „drei Z“: Zeit, Zuwendung und Zutrauen. Bieten Sie Kinder und Jugendlichen Zeit und Gelegenheiten, im sicheren Rahmen über ihre Ängste und Sorgen berichten zu können und zu dürfen. Auch Diskussionen über Überzeugungen, Werte, Religion, Glaube und Ideale können helfen. Hören Sie geduldig und verständnisvoll zu. Für manche Kinder und Jugendliche ist es hilfreich Gefühle aufzuschreiben. Jugendliche benötigen in diesem Kontext unbedingt adäquate Sachinformationen und Möglichkeiten sowie Räume zu kritischen politischen Diskussionen! So fühlen sich Jugendliche ernst genommen! Achten Sie bei Kindern und Jugendlichen auf eine altersgerechte mediale Aufbereitung der Informationen und nehmen Sie sich aber immer auch mal wieder eine Auszeit von der Nachrichtenflut.

Exakt nach diesen Vorgaben haben sich die Lehrkräfte der Annetteschule auf das Thema vorbereitet und somit die Ängste, Sorgen und Fragen der Kinder aufgefangen. Wenn von Seiten der Ratsfraktion DIE LINKE Gegenteiliges behauptet wird, verlange ich für diese Unterstellung exakte und konkrete Belege.

Da diese bislang nicht vorliegen, weise ich auch diesen Vorwurf als unbegründet, inhaltlich falsch, böswillig und haltlos zurück!

Des weiteren heißt es:

„Wir halten unsere Anfrage auch deshalb für erforderlich, weil wir den Eindruck haben, dass vorliegend pädagogische Grundsätze ignoriert werden, die auch von den Lehrenden an den Schulen in Rheine beachtet werden sollten.“

Vorher die Ratsfraktion DIE LINKE diesen Eindruck hat kann ich nicht beurteilen – Fakt ist jedoch das dieser „Eindruck“ durch keinerlei Informationen aus erster Hand entstanden ist – da niemand aus der Partei Kontakt mit uns aufgenommen hat.

Des weiteren heißt es:

„So folgt der Gedanke, Kindern die Bewältigung der Kriegsnachrichten mittels multiple-choice Verfahren zu überlassen, nicht den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses von 1976 zur politischen Bildung von Schulkindern, wonach es mittels eines Überwältigungsverbots(Indoktrinationsverbot) der Lehrerschaft untersagt ist, ihre Meinung Schülern aufzuzwingen. Schülern sollen vielmehr in die Lage versetzt werden, sich eine eigene Meinung zu bilden. Diese Art der Kriegsthematisierung wird auch dem Gebot der Kontroversität nicht gerecht. Eine kontroverse Darstellung und Diskussion des Themas wird nicht damit nicht ermöglicht. Nach dem Prinzip der Schülerorientierung sollen Schüler schließlich in die Lage versetzt werden, sich am politischen Prozess aktiv beteiligen zu können. Dies wird nicht möglich sein, ohne den Kindern Friedensalternativen aufzuzeigen. Stattdessen wird die Waffenbrüderschaft NATO bei gleichzeitiger Nichterwähnung von Mitteln friedlicher Streitbeilegung und politischer Kontrolle in Demokratien, abgefragt.“

Der Vorwurf, ausschließlich mittels eines Arbeitsblattes zu einem Podcast sei das Thema ausgegriffen worden, ist faktisch falsch. Es wurden verschiedene Methoden und Materialien verwendet, um dem Thema ausgewogen und vielfältig zu begegnen. Dazu gehören:

- Vorwissen der Schüler*innen aktivieren,
- gemeinsame Gespräche unter Beachtung der Gesprächs- und Zuhörregeln, sowie dem Akzeptieren anderer Meinungen/Ansichten
- Audio-/Visuelle kindgerechte Beiträge der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten,
- Basteln von Friedenstauben,
- Stellwand zum Sammeln der Wünsche, Fragen und Ängste der Schüler*Innen,
- Bedeutung von Frieden in der Welt in Kooperationsform (z.B. Gruppenarbeit) erarbeiten

Die politische Meinung der Lehrkräfte spielt dabei zu keinem Zeitpunkt eine Rolle und wird nicht zum Bestandteil des Unterrichts.

Durch diese Behandlung des Themas werden die Schüler*innen in die Lage versetzt sich ihre eigene Meinung zu bilden, sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen, sich an einer kontroversen Diskussion zu beteiligen und den Frieden als hohes Gut zu begreifen. Die politische Meinung der Lehrkräfte hat und wird bei dieser

unterrichtlichen Auseinandersetzung gemäß des Neutralitätsgebotes keine Rolle spielen.

Somit weise ich auch diesen Vorwurf als unbegründet, inhaltlich falsch, böswillig und haltlos zurück!

Des weiteren heißt es: „Wir wissen nicht, ob im Unterricht selbst die mannigfaltigen Ursachen von Kriegen, z.B. die Herstellung und Verbreitung von Kriegswaffen, angesprochen und die Berechtigung vorhandener Feindbilder (Russland) kritisch reflektiert werden. Die Ausarbeitung der WDR-Redaktion ist in jedem Fall nicht dazu geeignet, Grundschulkindern zivilgesellschaftliche Alternativen aufzuzeigen. Dies ist aber in Kriegszeiten besonders erforderlich.“

Wie bereits geschildert, ist es nicht die Aufgabe der Grundschule, mit ihren Schüler*innen historisch komplexe Streitfragen aufzuarbeiten bzw. Ursachenforschung für Länderkonflikte zu betreiben. Die von uns genutzten Inhalte entsprechen absolut den kindgerechten, pädagogischen und inhaltlichen Kriterien, die von dieser Thematik benötigt werden. Da die Ratsfraktion DIE LINKE keine konkreten Beispiele nennt, sondern die Redaktion des WDR allgemein verurteilt, kann ich auf diesen Abschnitt nicht weiter sachlich eingehen.

Probleme, welche die Ratsfraktion DIE LINKE mit den Inhalten der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten hat, sind keine Probleme der Annetteschule. Ich empfehle der Ratsfraktion DIE LINKE hier das Gespräch mit dem zuständigen Medienintendanten zu suchen

2) Beantwortung der aufgelisteten Fragen

Im Folgenden möchte ich auf die formulierten Fragen von Seite 2 eingehen:

Frage 1: Gibt es seitens des Schulamtes Vorgaben über die Verwendung von Informationsmaterial zur Behandlung mit diesem Thema? Wenn ja, wie sehen diese aus?

Ich weise an dieser Stelle auf die Schulmail vom 01.03.2022.

Frage 2: Gibt es seitens des Schulamtes Richtlinien bzw. Hilfen, wie pädagogisch mit der Befassung des Themas in den unterschiedlichen Klassenstufen umgegangen werden soll?

Auch hier verweise ich auf die Schulmail vom 01.03.2022.

Frage 3: Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Stigmatisierung von Kindern russischer Herkunft auszuschließen?

Die inhaltliche und gestalterische Beteiligung der Kinder rund um das Thema „Krieg in der Ukraine“ ist freiwillig und wird in keiner Weise erzwungen. Es wird stets betont,

dass der Krieg nicht von der russischen Bevölkerung gewollt oder initiiert wird. Generell liegt der Schwerpunkt der Auseinandersetzung auf dem Thema Frieden und dem allgemeinen Wunsch der ganzen Welt, friedlich miteinander zu leben. Dafür wurden in allen Klassen Friedenstauben erstellt und in die Fenster der Schule gehangen. Die Schule und speziell der Sachunterricht haben gemäß Lehrplan die Aufgabe, Schüler*innen im Rahmen demokratischer Strukturen zu unterrichten und diese zu vermitteln. Das Zulassen und Akzeptieren anderer Meinungen/Ansichten ist zentraler Bestandteil der demokratischen Grundordnung.

Sollten Anfeindungen/Stigmatisierungen von Kindern vorkommen, werden wir diesen im Rahmen unserer pädagogischen Möglichkeiten (Gesprächskreis, Klassenrat, Streitschlichtung, etc.) entgegenwirken.

Frage 4: Ist dem Schulumt bekannt, welche Schulen sich in welcher Form und mit welchen Aktivitäten befassen?

Diese Frage richtet sich explizit ans Schulumt und betrifft nicht die Annetteschule.

Frage 5: Inwieweit ist die Schulsozialarbeit bereits involviert?

Unsere Schule verfügt über keine Schulsozialarbeiterin, sondern über eine sozialpädagogische Fachkraft in der Schuleingangsphase. Das Thema „Krieg in der Ukraine“ wurde lediglich in der Klassen 3 und 4 im Rahmen des Sachunterrichts behandelt. In den Klassen 1 und 2 wurden diesbezüglich auf die Fragen und Ängste der Schüler*innen pädagogisch eingegangen, sofern sie aktiv an die Lehrkräfte herangetragen wurden.

Frage 6: Wie werden Eltern über diese außerhalb des Lehrplans eingefügten Inhalte und Aktivitäten informiert und beteiligt?

Wie bereits angeführt, sind das Aufgreifen und Behandeln solcher Alltagsthemen vom Lehrplan Sachunterricht ausdrücklich Bestandteil der Lerninhalte. Die Auswahl/Erstellung von Unterrichtsmaterialien ist Aufgabe der Lehrkräfte. Somit ist eine Beteiligung der Eltern diesbezüglich nicht notwendig.

3) Zusammenfassung/Abschließendes Statement

Zusammenfassend möchte ich nochmals betonen, dass sämtliche direkten und indirekten Vorwürfe der Ratsfraktion DIE LINKE gegen die Lehrkräfte der Annetteschule bzw. die Annetteschule selbst mit aller Kraft zurückweise.

Die Vorwürfe, das Thema „Krieg in der Ukraine“ ...

- würde ausschließlich mithilfe eines multiple-Choice-Fragebogens behandelt
- würde durch einseitige, nicht-kindgerechte Materialien im Unterricht behandelt

- von den Lehrkräften einseitig behandelt, die zudem ihre eigenen politischen Meinungen/Ansichten einfließen lassen würden
- würde dazu genutzt um nicht gewollte politische Meinungen/Ansichten von Schüler*innen zu manipulieren
- würde ohne demokratische Grundstrukturen behandelt
- würde „pro-russische Meinungen“ nicht zulassen
- würde von den Lehrkräften ohne Fingerspitzen- und Feingefühl behandelt.
- unter Ausblendung der Sensibilität des Themas für Schüler*innen und deren Eltern behandelt

sind allesamt faktisch falsch. Alle Mitglieder des Lehrerkollegiums der Annetteschule, sowie alle sonstigen schulischen Mitarbeiter, agieren vollständig im Einklang mit den inhaltlich-didaktischen Vorgaben der Lehrpläne, den rechtlichen Vorgaben durch das Schulgesetz NRW, den dienstlichen Anweisungen des Ministeriums bzw. der Schulaufsicht auf Basis einer demokratischeren Grundordnung.

Das Schreiben der Ratsfraktion DIE LINKE ist gelinde gesagt ein Schlag ins Gesicht für alle Lehrkräfte und sonstigen schulischen Mitarbeiter, die sich in den vergangenen Tagen/Wochen neben all den Belastungen durch die Corona-Pandemie mit aller Professionalität, Sorgfalt und Sensibilität diesem schwierigen Thema angenommen haben.

Die Unterstellung, wir als Schule wären uns der schulischen und gesellschaftlichen Brisanz der Thematik nicht bewusst, ist eine Frechheit und ein böswilliger, unbegründeter und faktisch falscher Vorwurf.

Ich beurteile das kommunikative Vorgehen der Ratspartei DIE LINKE in diesem Fall als kontraproduktiv und als ein Paradebeispiel konfliktfördernder Kommunikationswege. Wir erziehen und bestärken unsere Schüler*innen darin, dass Streitigkeiten/Unstimmigkeiten in erster Instanz durch ein direktes klärendes Gespräch der betreffenden Parteien zu lösen sind. Sofern hier Fortbildungsbedarf seitens der Fraktionspartei DIE LINKE besteht, bin ich gerne bereit ihnen ein entsprechendes Konzeptpapier zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Till Huber

Rektor Annetteschule